

Über diesem Gipfel ist Unruhe

Das G20-Treffen an diesem Wochenende offenbart Chinas gewachsene Bedeutung auf internationaler Ebene | Von Andreas Rinke

Wenn sich die Staats- und Regierungschefs der wichtigsten Industriestaaten der Welt heute Nachmittag zusammenschalten, liegt Spannung in der Luft: Wird sich aus Washington am Ende wirklich Donald Trump einloggen und mit seinen G20-Partnern diskutieren? Oder schmolzt er, weil die meisten Präsidenten, Ministerpräsidenten und auch Kanzlerin Angela Merkel längst seinem Kontrahenten Joe Biden zum Sieg bei der amerikanischen Präsidentschaftswahl gratuliert haben – während Trump seine Niederlage doch noch gar nicht eingestanden hat?

Die Frage der Teilnahme des noch amtierenden US-Präsidenten ist aber ein Grund, warum das Treffen der wichtigsten Industrienationen diesmal anders sein wird als sonst. Früher haftete den Zusammenkünften noch das Image an, der Nukleus für eine Art entstehender Weltregierung zumindest der Wirtschaftsnationen zu sein. Doch am Wochenende wird davon kaum etwas zu spüren sein.

Ein weiterer Grund für die derzeit geringere Bedeutung der G20-Gipfel liegt wiederum bei Trump. Seit seinem Amtsantritt im Januar 2017 hat der Präsident der westlichen Supermacht aus seiner Ablehnung, teilweise sogar Verachtung für internationale Abstimmlösungen den Multilateralismus torpediert. In seiner Amtszeit traten die USA aus dem Pariser Klimaschutzabkommen aus, verhängten Strafzölle auch gegen die EU-Partner und kehrten sowohl dem Atomabkommen mit Iran als auch der WHO den Rücken.

Die Folge: In Trumps Amtszeit wurden Gipfelerklärungen mit „19 zu 1“-Passagen etwa zum Klimaschutz verabschiedet, die



Übersicht der teilnehmenden Staaten am RCEP-Freihandelsabkommen

die Isolation der USA bei diesem Thema zeigten. Bis zuletzt rangen die Sherpas der G20-Regierungen diesmal auch darum, dass es wenigstens bei der Erklärung zur Corona-Pandemie-Bekämpfung nicht zu einem weiteren offensichtlichen Bruch mit Washington kommt.

Dabei zweifeln die meisten Regierungen gar nicht an der Bedeutung des G20-Formats. Gerade erst hatten sich die G20-Finanzminister auf ein gemeinsames Vorgehen bei der Um- und Entschuldung ärmerer Staaten geeinigt – unter Beteiligung der USA übrigens. Und auf die Regierungschefs wartet die Beschäftigung mit Corona, dem Klimawandel, der nötigen Ankurbelung der

Weltwirtschaft. Nicht ohne Grund hatte man auf dem Höhepunkt der Finanzkrise entschieden, dass sich fortan nicht mehr nur die Finanzminister der Industriestaaten,

sondern eben auch die Chefs treffen sollten. Globale Probleme können nur global gelöst werden, lautet das Credo.

Allerdings gibt es noch einen weiteren Faktor, der aus diesem G20-Treffen ein besonderes macht: China wird mit einem stark gewachsenen Selbstbewusstsein teilnehmen. Erst am vergangenen Wochenende – quasi als Signal an die westlichen G20-Staaten – hatten 14 asiatisch-pazifische Staaten und China das größte Handelsabkommen der Welt geschlossen. In Europa und den USA war die Überraschung groß, dass es Peking nach acht Jahren Verhandlungen geschafft hat, mit RECP auch Demokratien wie Japan, Südkorea oder Australien zusammenzubinden. Nun verbindet RECP Volkswirtschaften mit einem Drittel des Welt-Bruttoinlandsprodukts.

Dabei hatte Chinas Staatspräsident Xi Jinping schon vorher Grund für Selbstbewusstsein. Ungeachtet der Kritik am Vorgehen der kommunistischen Führung etwa in Hongkong ist sein Land viel besser und schneller aus der Corona-Pandemie gekommen als andere. Die Anteile in der Weltwirtschaft verschieben sich in der Krise weiter Richtung China.

Das stellt nicht nur den nächsten US-Präsidenten Biden vor Probleme, der damit leben muss, dass sein Land es nicht schafft, selbst ein Freihandelsabkommen mit den asiatischen Wirtschaftsnationen zu schließen. Der nächste US-Präsident wird auch damit leben müssen,

dass sich Japan, Südkorea und Australien zwar an die USA in der Sicherheitspolitik anlehnen, um Schutz vor einem als immer aggressiver wahrgenommenen China zu bekommen. Aber das RECP-Abkommen zeigt, wie stark auch diese Länder längst in den wirtschaftlichen Sog der künftigen Supermacht geraten sind.

Chinas Aufstieg trifft auch die Europäer zum denkbar schlechtesten Zeitpunkt: Das Verhältnis der EU-Staaten mit den USA ist nach vier Jahren Trump angeschlagen. Von einem transatlantischen Wirtschaftsabkommen ist man Lichtjahre entfernt. Mit dem nicht abgeschlossenen Brexit leistet sich der alte Kontinent eine Trennungsgeschichte, die alle Beteiligten schwächt. Innerhalb der EU gewinnen langsam, aber sicher protektionistische Tendenzen an Auftrieb. Und in der zweiten Welle der Corona-Pandemie ist das Selbstbewusstsein der Europäer und gerade der Deutschen geschwunden, relativ gut durch die Krise gekommen zu sein: Asiatische Demokratien scheinen einen erfolgreichereren Kurs eingeschlagen zu haben.

Die Krisenstimmung macht bescheiden. „Bei diesem Gipfel geht es einfach darum, das G20-Format über diesen US-Präsidenten hinauszuretten – und auf seinen Nachfolger zu warten“, sagt ein EU-Diplomat ernüchtert.

Wie auch immer die Sache ausgeht – für die Wissenschaft in Deutschland ist jede Zweifelhafteigkeit einer Dissertation ein Fall zu viel. Denn es steht sehr viel mehr als nur die Karriere eines Polit-Talents auf dem Spiel.

AUF DEN ZWEITEN BLICK



INGE KLOEPPER

ist freie Journalistin. Sie schreibt u.a. für die Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung und veröffentlichte zahlreiche Bücher, darunter die Biographie Friede Springers, für die sie als Wirtschaftsjournalistin des Jahres ausgezeichnet wurde.

Titel

Franziska Giffey wankt. Ihre Doktorarbeit wird erneut auf Plagiate geprüft. Es kann gut sein, dass sie den Titel bald nicht mehr führen darf. So viel Glück, wie vor gut vier Jahren der heutigen EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen beschieden war, die ungeachtet des Plagiatens auf 27 von insgesamt 62 Seiten ihrer medizinischen Dissertation den Zusatz „Dr.“ – aus welchen Gründen auch immer – nicht aberkannt bekam, dürfte Giffey wohl nicht zuteil werden. Dass sie den Titel nicht mehr will, hat sie öffentlichkeitswirksam bereits verkündet, um damit ihr politisches Aus zu vereiteln. Es war die Flucht nach vorn. Nicht ganz unrecht hat sie, wenn sie schreibt, der Wert ihrer politischen Arbeit heute oder morgen könne nicht nur daran bemessen werden, ob sie vor langer Zeit geschludert oder gar betrogen hat.

Wie auch immer die Sache ausgeht – für die Wissenschaft in Deutschland ist jede Zweifelhafteigkeit einer Dissertation ein Fall zu viel. Denn es steht sehr viel mehr als nur die Karriere eines Polit-Talents auf dem Spiel.

Forschung lebt von unbedingter Ehrlichkeit, ein Forschungsstandort vom Fleiß, der Akribie und Genauigkeit, der Neugierde und dem Erkenntnisdrang seiner Wissenschaftler. Dafür ist der Gebrauch von Quellen unerlässlich. Neue wissenschaftliche Erkenntnisse entstehen auf Basis früherer Forschungsergebnisse und sind nur dann valide, wenn ihre Genese von allen nachvollzogen werden kann, um wiederum neue Erkenntnisse daraus zu gewinnen. Genau deswegen ist akkurate Zitieren unerlässlich. Dabei ist Wissenschaft kein Selbstzweck. Sie soll, ja, muss die Gesellschaft, im besten Fall sogar die Menschheit weiterbringen.

Dissertationen, die primär des Titels wegen geschrieben werden, sind mehr als nur ein Ärgernis. Zweifelhafte Beispiele dafür gibt es reichlich, bei denen durchaus in Frage steht, ob den Forschenden tatsächlich am Erkenntnisgewinn gelegen war. Erkenntnisgewinn braucht Zeit, häufig mehr, als zu Beginn des Vorhabens veranschlagt. Zeit, die weder Franziska Giffey noch ein Karl-Theodor zu Guttenberg bereit waren einzusetzen. Die Anfälligkeit fürs Plagieren ist bei derartigen Unterfangen bekanntlich besonders hoch.

Eine gewisse „Laxheit in Fragen geistigen Eigentums“, die der Künstler Bertolt Brecht einst einräumte, weil er für seine Dreigroschenoper ein paar Lieder ohne Quellenangabe verwendete, ist kein Versehen und kein Kavaliersdelikt – schon gar nicht in der Wissenschaft. Denn sie unterminiert das Wissenschaftssystem und bringt die Forschung in Gefahr. Darin liegt das eigentliche Drama um windige Doktorarbeiten wie etwa die von Giffey, die irgendwann mal ohne eingehende Prüfung die Hürde genommen haben, deren Zustandekommen die Universitäten im Nachhinein aber gar nicht akribisch genug aufarbeiten können.

Um fünf Uhr in der Schlange

Mehr als Deutschkurse: Das Goethe-Institut hat eine neue Präsidentin | Von Tanja Dückers

Sechs Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs gegründet, war die Entscheidung für Goethe-Institute an vielen Orten auf der Welt damals ein mutiger Schritt. Eine Handvoll Deutschlehrer setzte 1951 die ersten Impulse. Doch die Welt lechzte nicht nach der Sprache, die Worte wie „Achtung“, „Kommando“ und den „Führer“ hervorgebracht hatte. So war es klug, mit dem Namen an ein historisches „Davor“, das Land der Dichter und Denker, anzuknüpfen. Heute ist „Goethe“ eine Erfolgsgeschichte, doch lohnt sich ein Blick auf einige der Herausforderungen, die den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern begegnen.

Im nächsten Jahr wird das Goethe-Institut sein siebzigjähriges Jubiläum feiern. Goethe-Institute gibt es nun an 157 Standorten in 98 Ländern, also mehr als jedem zweiten Land der Welt. Dabei hat das Goethe-Institut immer mit der sich wandelnden Zeit Schritt gehalten. Nach dem Fall des Eisernen Vorhangs 1989 weitete das Goethe-Institut seine Aktivitäten verstärkt auf Osteuropa aus; in den vergangenen Jahren gab es viele Institutsöffnungen in Afrika.

Knapp eine Viertelmillion Menschen nimmt jährlich an Deutschkursen teil. Das Goethe-Institut hat sich immer weiterentwickelt und neue Initiativen wie das PASCH-Programm „Schulen: Partner der Zukunft“ ins Leben gerufen. Während im Jahr 2015 weltweit 95 000 Schulen Deutschunterricht angeboten haben, sind es im Jahr 2020 rund 106 000 Schulen.

Ferner werden qualifizierte Deutschlehrkräfte ausgebildet.

Das Goethe-Institut hat jedoch auch die Aufgabe, die kulturelle Zusammenarbeit mit anderen Staaten zu pflegen und ein umfassendes aktuelles Deutschlandbild zu vermitteln. Dabei gelingt es zumeist, sowohl etablierte Künstlerinnen und Künstler einzuladen als auch interessante Newcomer.

Immer wieder gilt es jedoch, bisweilen dissonante Interessen zwischen „diplomatischer“ kultureller Außenpolitik auf der einen Seite sowie freien, künstlerischen, auch provokativen Impulsen auf der anderen Seite auszubalancieren. Goethe-Institute müssen dort stets einen Mittelweg finden, besonders in autoritär regierten Ländern, in denen Zensur ausgeübt wird, auch zum Schutz ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Schon in den ersten Gründungsjahren gab es solche Herausforderungen. Damals war Deutschland selber das „schwierige“ Land: Es gab große innenpolitische Auseinandersetzungen, weil sich die Gesellschaft in Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg und dem Mauerbau zunächst selbst finden musste. So gab es Debatten, als der Schriftsteller Golo Mann 1964 nach Rom eingeladen war und kritisch über die Anerkennung der Oder-Neiße-Linie sprach.

Klaus-Dieter Lehmann, langjähriger Institutsleiter (2008 bis 2020), benennt diesen Grundkonflikt: „Entscheidend ist, dass Kultur keine Kompromisse eingeht. Ich bin

der Auffassung, dass wir auch in schwierigen Ländern Profil zeigen müssen, sonst könnte man keinen Dialog führen. Dass es immer wieder Diskussionen mit der Politik und dem Auswärtigen Amt geben wird, das gehört zum Geschäft.“

Lehmann meint, dass Deutschland Ansehen im Ausland gewonnen hat, weil man deutlich gemacht hätte, dass das Land sich als befähigt erwiesen hätte, „offen mit Themen umzugehen und verschiedene Interpretationen zu ermöglichen“.

Ebenso wichtig ist die Eigenständigkeit der Kultur gegenüber der Wirtschaft. So sieht man die Aufgaben bei Goethe anders als etwa bei den US-Amerikanern, bei denen diese Felder enger miteinander verwoben sind.

Dennoch bewegen sich die Goethe-Institute de facto im Grenzbereich zwischen Politik, Wirtschaft und Kultur, was nicht immer reibungslos abläuft. So musste ein



TANJA DÜCKERS

ist Schriftstellerin und Journalistin. Sie veröffentlichte u.a. die Romane „Spielzone“, „Himmelskörper“, „Hausers Zimmer“ und ihre Erinnerungen an „Mein altes West-Berlin“. Im Februar 2021 erscheint das feuilletonistische Sachbuch „Das süße Berlin. Die Schokoladenseiten der Hauptstadt“ bei Insel / Suhrkamp.

Goethe-Informationszentrum in Nordkorea nach nur vier Jahren (2005-2009) wieder schließen. Im Jahr 2005 kam es zu einem Angriff auf das GI in Togo. Die Regierung hatte Deutschland vorgeworfen, mit der Opposition zu sympathisieren.

Oft bilden die Goethe-Institute für Einheimische die erste Begegnung mit Deutschland, der zum Teil sehr fremd erscheinenden deutschen Kultur und Sprache. Meine persönliche Erfahrung mit Goethe-Mitarbeitern ist, dass es sich hierbei meist um besondere Menschen handelt, Menschen mit einer hohen Sozialkompetenz, der Fähigkeit, auf die unterschiedlichsten Leute situativ ausgleichend zu reagieren. Arabischer Frühling, Trump in den USA, beleidigte Polen, stolze Russen, exzentrische Künstlerinnen und Künstler aus Deutschland: Immer ist Fingerspitzengefühl gefragt. Dazu gehört auch das Vermeiden von Verhaltensweisen, die vielleicht als „kulturkolonial“ aufgefasst werden könnten.

Was die Herausforderungen der Goethe-Institute angeht, gilt es, einer „Kontinentalverschiebung“ Rechnung zu zollen: So sinken die Zahlen der Deutschlernenden in manchen europäischen Ländern, steigen jedoch stark in Asien und Afrika. Ich konnte mit eigenen Augen sehen, wie Menschen in Indien um fünf Uhr morgens in der Schlange standen, um sich für einen Sprachkurs anzumelden.

Doch selbst der vergleichsweise harmlos erscheinende Spracherwerb ist nicht



ANDREAS RINKE

ist politischer Chefredakteur der Nachrichtenagentur Reuters.